

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Porto tragen die Empfänger die Kosten. Einzelheften 1,50 M., für das Abonnement 21,50 M., einschließlich Porto- und Postgebühren, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile ober deren Raum kostet 5,- M., einschließlich Teuerungszulage. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszulage. Verkaufte Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Beluche 1,50 M., extra pro Zeile. Stellen-Beluche in Wohn-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2000, 2045, 4516, 4603, 4635, 4840, 4921 Nachgespräche nur Nr. 4516 und 4603

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Durchführung der Zwangsmaßnahmen

### Beschlüsse des Obersten Rates

London, 9. März.

Ein amtlicher Bericht besagt: Die Führer der alliierten Delegationen traten heute nachmittags zusammen und regelten die verschiedenen Einzelheiten der Anwendung der Sanktion auf Deutschland gemäß dem Ratsbeschluss der Sachverständigen. Man kam überein, daß die Sanktion erst aufhören wird, wenn eine befriedigende Lösung der Reparations-, Entwaffnungs- und Kriegsverbrecher-Frage durch die Alliierten angenommen worden ist. Die Konferenz beauftragte den Oberkommissar der Alliierten in den Rheinlanden, einen italienischen Vertreter zur Teilnahme einzuladen, wenn wirtschaftliche Fragen, die sich aus der Anwendung der Sanktion ergeben, zur Beratung kommen.

Hierauf wurde die Erörterung über die Frage betreffend Griechenland und die Türkei wieder aufgenommen.

EE. London, 10. März.

Der Oberste Rat mußte seine Beschlussfassung über die Durchführung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, über die er bereits in einer Vormittags-Sitzung beriet, auf den Abend vertagen. Die Sitzung nahm um 6 Uhr ihren Anfang. Man beschloß, daß die Zolllinie am Rhein, nicht wie ursprünglich vorgesehen war, die Brückenköpfe umfassen sollte, sondern auch die drei neu besetzten Städte. Demnach wird die Zolllinie sich auch auf das rechte Rheinufer erstrecken. Ueber die Art der Zolltarife, die in Geltung treten sollen, ist noch kein Beschluss gefasst worden. Die interalliierte Rheinlandkommission soll hierüber erst den verschiedenen Regierungen Bericht erstatten. Der Oberkommissar der Rheinlandkommission soll an die Vorkonferenz nach Paris berichten, die dann über die Tarife endgültig entscheiden wird. Da Italien an der Besetzung des Rheinlandes nicht beteiligt ist, wurde der Oberkommissar angewiesen, die italienische Regierung zu ersuchen, einen Vertreter in die interalliierte Rheinlandkommission zu entsenden.

Die Haupt Schwierigkeit bei den gestrigen Beratungen bildete die Erhebung der 50prozentigen Ausfuhrabgabe. In England wird diese Abgabe zweifellos die Höhe von 50 Prozent erreichen, dagegen dürfte sie in Belgien, Italien, Japan und selbst Frankreich unter dieser Ziffer bleiben. Hinsichtlich der Verteilung wurde das provisorische Abkommen getroffen, daß jeder Staat die Einnahmen für sich behält, die er aus der Abgabe zieht. Ferner wurde auch eine Reihe von Nebenfragen, die mit diesem Problem zusammenhängen, geklärt. Es wurde hervorgehoben, daß z. B. Deutschland Waren in halbfertigem Zustande (Halbfabrikate) nach den neutralen Ländern verschicken könnte, die dann hier in Fertigfabrikate umgearbeitet werden sollen. Man beschloß, auch diese Waren als deutsche Waren zu betrachten, soweit der Wert nach ihrer Umgestaltung in den neutralen Ländern mehr ist als 95 Prozent des Gesamtwertes.

Am Schlusse der gestrigen Konferenz hielt Briand eine Ansprache an Lloyd George, worin er die in bewegten Worten die durchgreifende Hilfe dankte, die England Frankreich bei der Durchführung seiner Ansprüche habe zuteil werden lassen.

### Beforgnisse in Holland

London, 9. März.

Einer Exchange-Nachricht aus Amsterdam zufolge, sind die holländischen Handelskreise sehr in Sorge wegen der neuen Reihe der internationalen Politik, da sie eine ernsthafte Schädigung des holländischen Handels und besonders der Kohlenzufuhren aus Deutschland nach Holland befürchten.

### Die Anwendung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen

EE. Paris, den 9. März.

Lloyd George gab gestern dem Präsidenten der interalliierten Rheinlandkommission Girard Weisungen für die sofortige Beschlussnahme der deutschen Zölle. Die interalliierte Kommission solle den Alliierten in kürzester Frist einen Bericht über die Maßnahmen vorlegen, die erforderlich sind, damit die Beschlagnahme der Zolleinnahmen in den besetzten Gebieten vor sich gehen kann. Der Präsident der interalliierten Kommission hat in Befolgung dieser Instruktionen die deutschen Zollbeamten bereits dem Befehl der Oberkommission unterstellt. Sämtliche Zolleinnahmen wurden mittlerweile beschlagnahmt. Die Vertreter der interalliierten Kommission haben die Kontrolle der deutschen Zollstationen begonnen.

Zwischen dem französischen Finanzminister Doumer und dem Oberkommissar Girard fand heute eine Besprechung statt über die Errichtung der Zolllinie am Rhein. Es steht noch nicht fest, ob die begünstigte Verfügung am Freitag oder am Sonnabend in Kraft treten kann.

### Das Abgabengesetz

London, 9. März.

Neuer erzählt, daß das Gesetz zur Durchführung der Vorkonferenz betreffend die Abgabe von 50 Prozent des Wertes des ausgeführten Waren jetzt im Entwurf fertig ist. Heute nachmittags beschloß man sich die englischen, französischen, italienischen und belgischen Sachverständigen damit, um ähnliche Maßnahmen für die anderen Länder zu entwerfen. Wie verlangt, sollen die Verhandlungen der Konferenz morgen im Unterhaus eröffnet werden.

nischen und belgischen Sachverständigen damit, um ähnliche Maßnahmen für die anderen Länder zu entwerfen. Wie verlangt, sollen die Verhandlungen der Konferenz morgen im Unterhaus eröffnet werden.

## Keine Annektionen

### Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George

EE. London, 10. März.

Ueber die Besprechungen, die Lloyd George und Briand im Verlauf der gestrigen Nachmittags-Sitzung in London hatte, veröffentlichte Reuters folgende Erklärung: Lloyd George berührte verschiedene, in der französischen Presse aufgetauchte Kommentare, in denen gesagt wird, daß die Errichtung einer neuen Zollgrenze der Beginn der Annektion der Rheinlande sei, oder wenigstens der Anfang einer tieferen Trennung zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet. Aus Pariser Äußerungen geht hervor, daß ein gewisser Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich die letzten Beschlüsse als einen Erfolg der Trennungsbemühungen betrachtet. Obwohl Lloyd George volles Vertrauen in Briand und in die gesunde Vernunft der Mehrheit der Franzosen habe, obwohl er ferner seinerzeit von Clemenceau bestimmte Versicherungen erhalten hat, der ebenfalls auf der Friedenskonferenz die Annektionisten lebhaft bekämpfte, nehme er mit Vergnügen eine neue und definitive Versicherung Briands entgegen, daß Frankreich weder Annektionen noch Autonomien in Aussicht nehme.

Briand erklärte formell, daß unter den verantwortlichen französischen Staatsmännern niemand einen derartigen Gedanken hege und fügte hinzu, unter hundert Franzosen seien keine fünf, die sich eine derartige Sache träumen ließen. Lloyd George erklärte sich von dieser Zusicherung durchaus befriedigt und setzte hinzu, er habe seinerseits nie ernst Zweifel an die Haltung des französischen Ministerpräsidenten in dieser Hinsicht gehabt.

## Die Besetzung der Rheinstädte

Düsseldorf, 9. März.

Die Besetzungsbehörde in Düsseldorf hat eine Verordnung erlassen, wonach der Aufenthalt auf den Straßen von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens verboten ist. Die Straßenbahnen stellen infolgedessen von 9 Uhr abends ab ihren Betrieb ein. Auf Befehl des Oberkommandierenden Generals Degoutte muß die Gräne Polizei in Düsseldorf auf 600 Mann vermindert werden. Die Auswahl der Beamten, die hierbleiben dürfen, liegt in den Händen der Besetzungsbehörde.

III. Brüssel, 10. März.

Der Chef des belgischen Generalstabes, General Maglinse, ist gestern nach ins besetzte Gebiet abgereist, um die belgischen Truppen zu inspizieren. Ein belgisches und drei französische Bataillone haben gestern Duisburg besetzt. Die französischen Bataillone werden durch belgische Truppen ersetzt werden.

### Die amerikanische Besatzung bleibt

Paris, 9. März.

Havas meldet aus London: Die englischen Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm aus Washington, das besagt, daß die amerikanischen Truppen am Rhein bleiben, bis die Reparationsfrage geregelt sei. Harding habe beabsichtigt, sie sofort nach seinem Amtsantritt zurückzuziehen, er glaube jedoch, daß unter den gegenwärtigen Umständen diese Zurückziehung von den Alliierten ungünstig aufgenommen werden könnte.

## Die Ermordung Datos

EE. Paris, 9. März.

Zu der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten wird aus Madrid noch gemeldet: Der Sekretär Datos erklärte, daß das Attentat wahrscheinlich seit längerer Zeit geplant worden war. Schon am vergangenen Sonnabend sei auf das Automobil des Ministerpräsidenten geschossen worden. Die Berichte über das Attentat, bei dem auch der Chauffeur Datos verwundet wurde, gehen darin auseinander, ob drei oder vier Täter daran beteiligt waren.

Die Frage der Nachfolge Datos ist noch ungeklärt. Man nimmt an, daß König Alfons die von Dato eingeschlagenen Richtlinien nicht ändern und wiederum einen Vertreter der Rechten an die Spitze der Regierung berufen werde.

Sitzung der Orientkonferenz. In der orientalischen Angelegenheit ist es heute noch zu keiner endgültigen Regelung gekommen. Es steht fest, daß Lloyd George weiterhin auf Seite der Griechen steht, während die Italiener und Franzosen mit den Türken zu Abmachungen gelangen möchten.

Der englisch-russische Handelsvertrag. Der englisch-russische Handelsvertrag scheint noch in sehr weiter Ferne zu liegen. Man gibt in London der Bewunderung Ausdruck, daß Krassin nunmehr die Einführung politischer Bestimmungen in diesen Handelsvertrag verlangt, die für England unannehmbar sind.

## Justizkomödie in Stargard

Die durch den Erlaß Eberts ins Leben gerufenen Ausnahmegerichte sind bisher grundfänglich nur dann eingeschritten, wenn Arbeiter durch Spindel verdächtigt wurden, militärische Verbände gebildet zu haben. In Berlin fand vor dem Ausnahmegericht zwei Prozesse statt, die sich gegen die sogenannten Reichseiser Kommunisten richteten. Das Material, auf das die Anklage sich stützte, war völlig unzureichend. Zuträgereien, Mutmaßungen und unvorsichtige Ausdrücke der Angeklagten in der Voruntersuchung bildeten die Beweismittel der Anklagebehörde. Es lag nichts Schriftliches vor, das die Angeklagten hätte belasten können. Der Besitz von Waffen konnte ihnen nicht nachgewiesen werden. Trotzdem wurden die Angeklagten zu teilweise recht hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Das Gegenstück zu diesen beiden Prozessen stellt der Pfefferprozess in Stargard dar. Hauptmann Pfeffer, ein früherer Freikorpsführer, hat nach dem Rapp-Vorschlag den Frontbund ins Leben gerufen, der sich die Aufgabe gestellt hatte, einen neuen Pulsch zu organisieren. Das gegen den Frontbund und seinen Führer vorliegende Material war so schwerwiegender Natur, daß sich selbst das Reichswehrministerium veranlaßt fühlte, gegen den Hauptmann Pfeffer von Salomon einen Haftbefehl zu erlassen. Der Haftbefehl wurde nicht ausgeführt. Wohl aber organisierte Hauptmann Pfeffer im Kreise Arnswalde ein neues pulschriftliches Unternehen. Er brachte Teile seines aufgelösten Freikorps auf den dortigen Gütern unter und schloß sich mit noch anderen Vereinigungen von früheren Freikorps und Baltikumtruppen der Orgesch an, also einer Organisation, die dem Friedensvertrag, dem Abkommen von Spaa, dem Entwaffnungsgesetz und dem Ausnahmeerlaß des Herrn Ebert widerspricht.

Gegen den Hauptmann Pfeffer wurde trotzdem monatelang nicht eingeschritten. Die Zeitungen brachten Beweisstücke über Beweisstücke, die Staatsanwaltschaft des Außerordentlichen Gerichts hatte gleichfalls schwerbelastendes Material gegen Pfeffer in den Händen, ohne mit der erforderlichen Energie die Untersuchung gegen ihn zu betreiben.

Als Pfeffer schließlich, in erster Linie wohl unter dem Druck der öffentlichen Meinung, verhaftet wurde, setzte ihn das Ausnahmegericht gegen eine Kaution von 2000 Mark sofort wieder auf freien Fuß. Und nun endlich findet in Stargard der Prozeß statt. Er ist absichtlich in ein hinter-pommersches Nest verlegt worden, damit er der öffentlichen Kritik entzogen werde. Und die Regie klappert tadellos. Rittergutbesitzer, Freiherren, Gräfinnen und Barone bilden den Hauptteil der Zeugen. Es sind zum größten Teil frühere aktive Offiziere, also Freunde des Herrn Pfeffer und Gesinnungsgenossen des Außerordentlichen Gerichts, das ja bekanntlich nichts weiter ist, als ein verkapptes Kriegsgesicht. Die Rolle des Staatsanwalts in diesem Prozeß ist empörend und herausfordernd. Er greift nur selten in die Verhandlungsführung ein und fñhlt sich nicht verpflichtet, die belastenden Momente hervorzuheben. Der Vorsitzende hat daran auch wenig Interesse, Hauptmann Pfeffer und seine Verteidiger natürlich erst recht nicht. Und so gewann man schon nach den beiden ersten Prozeßtagen den Eindruck, als stehe nicht Herr Pfeffer unter Anklage, sondern die Belastungszeugen, insbesondere aber jene Zeitungen, die das belastende Material gegen Pfeffer der Öffentlichkeit unterbreitet haben.

Schon am ersten Prozeßtag kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Genossen Rabold, der als Redakteur der „Freiheit“ als Zeuge erschienen war. Rabold gab der Staatsanwaltschaft zu verstehen, daß er hier nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge stehe, und daß die Staatsanwaltschaft, wenn ihr die Schreibweise der „Freiheit“ mißfällt, die Güte haben möge, den verantwortlichen Redakteur zu verklagen. Das Gericht leuchtete auch nicht in die Zusammenhänge der Pfefferschen Organisation mit der Orgesch hinein. Und doch handelt es sich bei der Arbeitsgemeinschaft Pfeffer nicht um eine Einzelerscheinung, sondern um einen Teil jener großen, über ganz Deutschland verbreiteten Escherich-Organisation. Hauptmann Pfeffer hat für sein Unternehmen riesige Geldsummen zur Verfügung gestellt bekommen. Seine Geld- und Aufraggeber werden nicht in das Licht der Öffentlichkeit gestellt. Das Gericht beschäftigt sich mit Vorliebe mit den beiden Zeugen Bünnecker und Iseman, die früher zur Arbeitsgemeinschaft Pfeffer gehörten. Der Zeuge Rabold hat schon bei seiner Vernehmung am Dienstag unter seinem Eid bekundet, daß das in der „Freiheit“ veröffentlichte Material nicht von diesen beiden Zeugen stammt. Uns sind zu jener Zeit von allen Seiten Schriftstücke und Dokumente der Arbeitsgemeinschaft Pfeffer zur Verfügung gestellt worden. Außerdem kommt es weniger auf den Charakter der Zeugen an, sondern darauf, daß der Inhalt der Dokumente echt ist. An ihrer Echtheit kann aber das Gericht nicht zweifeln. Und was besagen die Dokumente? Sie sind für jedes Gericht, das mit der Orgesch nicht sympathisiert, ein unumstößliches Beweismittel dafür, daß die Arbeitsgemeinschaft Pfeffer eine militärische Geheimorganisation darstellt. Wir heben aus dem uns zur Verfügung stehenden Material folgende Tatsachen hervor:

1. Hauptmann Pfeffer hatte auf Generalstabskarten kein früheres Freikorps nach Kompagnien militärisch gegliedert.  
 2. Die Kompagnien standen unter der Führung von Offizieren und Unterführern.  
 3. Hauptmann Pfeffer hat Befehle und Erlasse herausgegeben, die durchaus militärischen Charakters waren, d. h. also, die Arbeitsgemeinschaft Pfeffer war nach militärischen Grundsätzen organisiert.  
 4. Hauptmann Pfeffer hat nicht nur arbeitslose Soldaten eingestellt, sondern er hat auch Werber ins Land geschickt und an mehreren Stellen Werbebüros unterhalten, die die Leute von der Straße oder von den Arbeitsnachweisen wegholten, um sie mit gefälschten Urlaubsscheinen und Fahrausweisen nach Arnswalde zu dirigieren.  
 5. Hauptmann Pfeffer hat auch mit dem Werbeauschuss der deutschnationalen Volkspartei für Heer und Flotte in Verbindung gestanden und sich von ihm zuverlässige Offiziere nachweisen lassen.  
 6. Hauptmann Pfeffer hat durch Befehle das Anlegen von Stammrollen verfügt.

Diese Punkte hat die Anklagebehörde bisher völlig außer Acht gelassen, obwohl ihr — wir haben das noch einmal ganz scharf hervor — Dokumente und Schriftstücke zur Verfügung stehen, deren Echtheit der Angeklagte nicht abstreiten kann. Der Anklagebehörde stehen auch Originaltelegramme und handschriftliche Telegrammentwürfe zur Verfügung, aus denen hervorgeht, daß sich Hauptmann Pfeffer bei bestimmten Anforderungen einer Schlüssel-Schrift bediente.

Mit diesem Beweismaterial mag sich also das Gericht recht eingehend beschäftigen, nicht aber mit dem politischen Charakter der Zeitungen, der das Gericht absolut nichts angeht. Dem Gericht soll auch gesagt sein, daß die Zeitungen keine Detektivbüros sind, die die Aufgabe haben, den Behörden bis in alle Einzelheiten stichhaltiges Beweismaterial zuzuführen. Die Prüfung des Materials, die Nachforschungen nach den Urhebern, die Herbeibringung von Belastungszeugen ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft. Und gerade diese Aufgabe ist von dem Außerordentlichen Gericht größtenteils vernachlässigt worden. Mit Behagen sieht man den Staatsanwalt und die Richter lächeln, wenn irgendein sogenannter Entlastungszeuge aus dem Wirkungskreis Pfeffers abfällige Glossen über die Zeitungen macht, und die fetten Rittergutsbesitzer stimmen im lauten Chorus in das Gelächter ein, ohne daß sich der Vorsitzende veranlaßt fühlt, derartige Ausschreitungen zu rügen.

Die Herrschaften fühlen sich in Stargard völlig unter sich. Gerade dieser Prozeß zeigt den ganzen einseitigen Charakter der Ausnahmegerichte in grellster Beleuchtung. Das Gericht soll sich aber nicht einbilden, daß etwa die Öffentlichkeit beruhigt ist, wenn es seinen Spruch gegen Pfeffer gefällt haben wird, seinen Spruch, der nach der ganzen Art der Prozeßführung ein Freispruch zu werden scheint. Wir wollen dem Ausnahmegericht schon heute zu verstehen geben, daß wir von Anfang an keinen anderen Ausgang des Prozesses erwartet haben. Ausnahmegerichte sind verkappte Kriegsgerichte. Und Kriegsgerichte haben bisher gegen Angehörige ihres Standes grundsätzlich nur freisprechende Urteile gefällt.

Geht das Gericht nicht auf den Inhalt der nachweisbar echten Dokumente und Schriftstücke ein, lenkt es nicht im letzten Augenblick noch um, dann bleibt die Tatsache bestehen, daß in Stargard keine Prozeßverhandlung stattfand, sondern eine lächerliche, von vorzüglichen Regisseuren eingelebte Komödie aufgespielt wurde.

## Regierungsbildung in Preußen

### Keine endgültige Lösung

Ueber die Verhandlungen zwischen den alten Koalitions-parteien in Preußen berichtet der „Vorwärts“:

Die alten Koalitionsparteien des Preussischen Landtages — Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum — trafen am Mittwoch um 7 Uhr zu erneuten Besprechungen über die Bildung der preussischen Regierung zusammen. Von der sozialdemokratischen Fraktion waren Eisinger, Limberg

und Hellmann, für das Zentrum Herold, Busch und Gronowsski, für die Demokraten Dominicus, Preuß und Otto anwesend. Die Sozialdemokraten gaben die Erklärung ab, daß sie eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ablehnten. Umgekehrt erklärte das Zentrum, daß es eine neue Regierungskoalition in Preußen nur unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei schließen werde.

Somit ist zwischen den drei Koalitionsparteien keine Einigung über die zukünftige Regierung zustande gekommen. Zwischen der rechtssozialistischen Partei und dem Zentrum besteht sogar ein sehr scharfer Gegensatz, da das Zentrum jetzt mit großem Nachdruck auf der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition besteht. Sehr aufgeregt wendet sich die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ gegen die bereits bekannten Beschlüsse der rechtssozialistischen Landtagsfraktion, nach denen die Rechtssozialisten weder eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei bilden, noch eine bürgerliche Regierung unterstützen werden, der sie nicht selbst angehören. Die offizielle Korrespondenz der Zentrumspartei schreibt:

„Diese Beschlüsse der Rechtssozialisten enthalten eine nicht zu verkennende Schärfe und sind sicher nicht geeignet, die Lösung der Frage der Regierungsbildung in Preußen zu erleichtern und zu beschleunigen. Dabei scheint die Sozialdemokratie zu übersehen, daß für die ihr gangbar scheinende Koalition die beiden anderen Parteien, Zentrum und Demokraten, ebenso notwendige Voraussetzungen sind wie ihre eigene Teilnahme. Es geht sicher zu weit, bei der Lösung dieses Problems auf die Mandatsziffer zu pochen und etwa aus der ganzen Frage eine Machfrage zu machen. Eine Lösung wäre, soviel kann man heute schon sagen, undenkbar, wenn Zentrum und Demokraten sich auf einen ebenso scharfen und einseitigen Standpunkt für den Eintritt in die Koalition stellen würden. Demgegenüber betont die Zentrumskorrespondenz einmütig nach reiflicher Ueberlegung, daß an Stelle der alten, nunmehr zu schwachen Koalition aus vaterländischen Rücksichten eine neue Koalition aus den drei alten Parteien unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei zu bilden sei.“

Die Demokraten verhalten sich zwar sehr zurückhaltend, lassen aber immerhin deutlich erkennen, daß auch sie große Neigung zu einer Verbindung mit der Deutschen Volkspartei haben. Um aus der Unsicherheit herauszukommen, haben die Rechtssozialisten vorgeschlagen, daß vorläufig eine endgültige Einigung über die Regierungsbildung zurückgestellt werden möge bis nach Ostern. Inzwischen müßten die bisherigen Minister und parlamentarischen Staatssekretäre ihre Ämter fortzuführen. Der Bericht des „Vorwärts“ schließt mit folgendem Satz: „Zugleich seien die bisherigen Koalitionsparteien bereit, in Verhandlungen über die Regierungsbildung mit anderen Parteien einzutreten“. Dieser Satz hat einen sehr wichtigen Sinn. Auch die Rechtssozialisten gehören zu den „bisherigen Koalitionsparteien“. Sind auch sie bereit, mit „anderen Parteien“ in Verhandlungen über die Regierungsbildung einzutreten? Und mit welchen anderen Parteien sind sie bereit zu solchen Verhandlungen? Wenn die Rechtssozialisten nicht deutlicher werden, kann dieser Satz ausgelegt werden als ein Abweichen von ihren früheren Beschlüssen.

Die Bemühungen der bürgerlichen Koalitionsparteien, die Volkspartei in die Regierung aufzunehmen und dadurch die rechtssozialistischen Minister noch einflußloser zu machen, sind um so charakteristischer, da die Mehrheitsverhältnisse im neuen preussischen Landtag keine Veränderung der Koalition notwendig machen und zu einer Verquickung der Regierungsbildung in Preußen mit einer Umgestaltung der Reichsregierung kein Anlaß vorliegt.

Die Deutschnationalen benutzen die Gelegenheit, um ihren Freunden in der Stinnes-Partei und im Zentrum die Brudertage entgegenzutreten. Ueber ihre Beschlüsse wird berichtet:

Die Deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags hat in ihrer ersten Sitzung am 9. März sich eingehend mit der politischen Lage, insbesondere mit der Regierungsbildung in Preußen beschäftigt. Da die Mehrheitssozialisten sich der Bildung einer gegen den Druck des Feindbundes gerichteten Koalition im Reich wie in Preußen verweigert haben, hat die Deutschnationale Landtagsfraktion nunmehr an die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei die Aufforderung gemeinsamer Regierungsgrundlage für Preußen einzutreten.

Auch dazu schweigen die Demokraten einstimmen, während dem Zentrum diese Anbiederung offenbar peinlich ist, denn die „Germania“ wendet sich mit entrüsteten Worten gegen die deutschnationalen Freundschaftsbefundigungen. Wir wollen sehen, ob dieser Widerstand von Dauer ist.

## Die stinnesierten Rechtssozialisten

Der „Vorwärts“ schreibt: „Gegen den Beschluß der preussischen Landtagsfraktion, der eine Regierungsbildung zusammen mit der Deutschen Volkspartei ablehnt, schreibt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Professor Paul Lenck. Sowohl der Ort, wie auch ganz besonders der Inhalt, der Ton und die Tendenz seiner Ausführungen beweisen, daß Paul Lenck nicht mehr für die Sozialdemokratie, sondern für die Deutsche Volkspartei journalistisch tätig ist.“

Schon, und von uns bereits wiederholt konstatiert. Lenck spekuliert jetzt auf die Gunst des Stinnes, wie er früher und noch unmittelbar nach Kriegsausbruch auf Radikalismus spezialisierte; damals lief er zu Liebknecht und Rosa Luxemburg, um scharfsten Aufreißer zu fordern; nach einigen Wochen, als er sah, wo die Majorität war, schwenkte er um, machte Frieden mit dem P. B., wurde ärgerster Kriegsbegehr und Englandhasser, sehr gut bezahlter Mitarbeiter der „Glocke“ von Parvus und Haenisch. Nach dem Krieg machte Haenisch seinen windigen Freund, der nicht die allgeringste wissenschaftliche Leistung aufzuweisen hatte, zum Berliner Universitätsprofessor — eine verächtliche Protektionsgeschichte. Jetzt ist Lenck bei Stinnes gelandet. Aber er ist doch noch und trotz alledem Mitglied der rechtssozialistischen Partei. Und er ist doch nicht der einzige! Bei der Zeitung des Stinnes ist doch auch regelmäßiger Mitarbeiter der frühere Staatssekretär August Müller, zugleich Mitarbeiter der übelsten kapitalistischen Wiener Zeitung, der „Neuen Freien Presse“. Und er ist Mitglied der rechtssozialistischen Partei.

Wir führen das an, um zu zeigen, wie diese Partei auch heute noch inmitten ist, die übelsten Gesinnungsumperieren auszumergen.

## Die Erhöhung der Zuckersteuer

Trotz aller Warnungen hat die Reichsregierung dem Reichstage den Entwurf über die Erhöhung der Zuckersteuer zugehen lassen. Der Steuerjah soll darnach von 14 M. für 100 Kilo auf 100 Mark erhöht werden. Die Begründung, die die Vorlage enthält, ist eine einzige Kette von Frechheiten und Unwahrheiten. In einem Augenblick, in dem die bürgerlichen Parteien unter Führung der Regierung an den Abbau der Besteuerungen gehen, umfangreiche Steuerbefreiungen für die bestehenden Kreise vornehmen, wird die unwahre Behauptung aufgestellt, daß die direkten Steuern bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit ausgebaut worden seien. Deshalb sei es unvermeidlich, die Verbrauchssteuern zu erhöhen. Der Verbrauch der breiten Massen müsse im Rahmen des Möglichen beschränkt werden. Wenn auch der Zucker als Nahrungsmittel angesehen werden müsse, so habe er doch im hohen Grade die Eigenschaft eines Genussmittels. Deshalb sei die Besteuerung angebracht und notwendig.

Diesen Absichten der Reichsregierung wird die Unabhängige Sozialdemokratie, wie ihr Redner im Plenum bereits ausgeführt hat, den allerentschiedensten Widerstand entgegenzusetzen. Welche Haltung die Rechtssozialisten einnehmen werden, ist ungewiß. Ihr Redner, Herrmann Müller, hat neulich die Bereitschaft seiner Partei, die Verbrauchssteuern bis an die Grenze der Erträglichkeit zu beschränken erklärt. Wird das auch für die Zuckersteuer gelten?

Der Reichswirtschaftsrat nahm einstimmig einen Antrag an die Reichsregierung wird ersucht, die Zuteilung an Verbrauchszucker für die Bevölkerung auf dasjenige Quantum zu erhöhen, welches bei gerechter und billiger Verteilung, der diesjährigen Ernte entspricht.

Bankbeamtenstreik in Prag. Wie das Prager „Pravo“ berichtet, hat der Prager Bankauschuss beschlossen, in allen Prager Banken in den Streik zu treten, falls nicht die Forderungen der Beamten (Einführung von Gehaltsklassen) bis zum 12. d. M. bewilligt werden.

## Arbeiterkämpfe in Amerika

### Zu unserm neuen Roman Einclairst „100 Prozent“

Arbeiterkämpfe sind dem europäischen Proletariat nicht unbekannt, besonders seit wir in Deutschland einen Roste erlebt haben. Was wir aber auf dem Kontinent periodenweise vorüberziehen sehen, ist im Gebiet der Vereinigten Staaten als Dauerzustand anzufinden. Und das Paradoxe dieses Zustandes wird uns erst klar, wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß die amerikanische Union als das „freie Land“ galt, als eine Republik mit einer Konstitution, nach welcher jeder Bewohner, ganz gleich welcher Rasse und Religion, dasselbe Recht besaß.

Und dennoch hat in diesem Lande die besitzende Klasse sich eine Vorherrschaft errungen, die zur grenzenlosesten politischen und wirtschaftlichen Versklavung des ganzen Volkes und zum größten Raubbau an den Schätzen der Natur und der Menschen geführt hat. Die wirtschaftspolitische Vorherrschaft der amerikanischen Plutokratie ist bis auf den heutigen Tag kaum irgendwo gelodert worden und die amerikanische Union ist der einzige Großindustriestaat der Welt, der noch sozialistenfreie Parlamente aufweist.

Wir kennen die Klassenjustiz in Deutschland. Aber die brutale, brutale Justiz amerikanischer Gerichte kann höchstens noch von Ungarn übertroffen werden. Kaum daß sich die ersten Regungen einer solidarischen Klassengemeinschaft im vorigen Jahrhundert in den Kohlenbistriten Pennsylvania zeigte, setzte schon der brutale Kampf der Grubenbarone mit allen Mitteln ein, um Herr der Situation zu bleiben. Die amerikanische Arbeiterschaft kennt nicht nur den offenen mörderischen Krieg, sondern auch jene täusch-versteckten Banditenstreiche, gegen die man wehrlos ist.

Eines der hervorragendsten Mittel zur Niederknüttelung der Arbeiter waren die als Spikerei agierenden Kronzeugen, jenes verwerfene Lumpenproletariat, das für ein paar Silberlinge jedes Verbrechen begeht. Im Jahre 1850 gründete Edgar Allan Winterton seine Detektivagentur traurigen Angebens, die später ihre Haupttätigkeit auf die systematische Bekämpfung jeder gewerkschaftlichen Aktion einstellte. Die ganze Gewerkschaftsbewegung wurde von Spikerei durchleuchtet, Spikerei wurden höchste Funktionäre, vertieten jede Aktion, die dann stets mit brutaler Gewalt niedergeschlagen wurde. Züchtung von Streikbrechern, Vereinstellung von privater Werkpolizei aus verwegenen Banditen, — mit solchen Mitteln wurden Kämpfe abgewehrt, und um die sogenannte öffentliche Meinung gegen die Ausständigen aufzustacheln, wurden Bräuen, Schächte und Mißhandlungen geübt. Das war dann der Anlaß, daß die Mißhandlungen aufgebaut und der Belagerungsstand erklärt wurde.

Anschläge auf Personen und Mordtaten waren auf der Tagesordnung. Die Kämpfe der westlichen Erzgräber in den 90er Jahren sehen sich wie ein Kapitel aus Belgien unter deutschem Militärstiefel. Die Menschen wurden in Umzäunungen zusammengedrückt, ihr Eigentum, ihre Wohnungen verwüstet und teilweise hundert von Kilometern entführt und in Wäldern abgesetzt. Und all diese Greuel wurden juristisch gedeckt. Riesenprozesse auf Spieghelmaterial aufgebaut, lösten einander ab.

Sozialpolitisch war der amerikanische Arbeiter und ist es teilweise noch, völlig ungeschützt. Jemandem durch politischen Schacher errungenes Gesetz wurde bis an die höchsten Gerichte gebracht und prompt wurde entdeckt, daß dies Gesetz mit der Freiheit der Verfassung kollidierte und deshalb unkonstitutionell sei. Das Antitrust-Gesetz wurde gegen die Gewerkschaften angewendet und diese bel Strafe verurteilt, den Schaden der Unternehmer zu tragen! Einhaltsbefehle hemmten jede Aktion, durch und durch korrupte Funktionäre taten oft das Uebrige. Die grenzenlose Raffgier der Kapitalisten vergiftete natürlich auch die Arbeiter und zurzeit findet ein großer Prozeß gegen John einen „Grafen“ in Newport statt. Unsere regelrecht gewählten Parlamentarier werden gewaltig aus den Parlamenten entfernt, der sozialistische Präsidentenstandbild ist, seiner Kriegsgegnerschaft wegen, im Zuchthaus. Dieses wirtschaftspolitische Inferno wird durch das teilweise fürchterliche Klima des Nordostens noch verkompliziert. Stürmische Räfte im Winter, tropische Hitze im Sommer. In jeder Streikentzündung der amerikanischen Städte hat ein Leichenbestatter seinen Laden aufgemacht. Das ist drüben ein gutes Gewerbe! — In den mittleren Staaten gibt es von Zeit zu Zeit fürchterliche Unwetter, Tornados, die teilweise auf die räuberische Abholzung zurückzuführen sind. Eine regelrechte Forstwirtschaft gibt es drüben erst seit etwa drei Jahrzehnten. Der Süden bietet erschütternde Kulturbilder durch das Regierproblem mit seinen Begleiterscheinungen, wie Lynchereien, politische Rechtslosigkeiten trotz Verfassung, und der staatlichen Sklaverei, die unter dem Namen des „Peonage-System“ ein trauriges Kapitel bilden.

Auf diesem Boden entstand der hervorragende Dichter, der amerikanische John, Upton Sinclair, ein Sozialist, der sein Debut mit dem „Sumpf“ begann. Die englische Marine machte seinerzeit auf Grund dieser Enthüllungen aus den Chicagoer Fleischfabriken alle Aufräge rückgängig und gegen Sinclair wurde ein Anschlag versucht, nachdem man die Ausschlußlosigkeit eingesehen hatte, ihn zu kaufen. In seinem Roman „Jimmi Higgins“, der deutsch zuerst in der „Freiheit“ erschienen ist, beschreibt er den Entwicklungsgang eines Nationalisten zum Sozialisten, und in seinem neuen Roman „100 Prozent“, der zum erstenmal in Deutschland auch wieder in der „Freiheit“ erscheinen wird, schildert er uns die Kämpfe der amerikanischen Arbeiterschaft. Der Held des Romans ist ein Spikerei.

und wer sich mit der amerikanischen Arbeiterbewegung vertraut machen will, kann nichts Besseres tun, als diesen Roman, der von einer außerordentlichen Spannung ist, zu lesen.

Sinclair ist kein bedauerter Vitzel, sondern ein wahrhaftiger Ursprünglichkeit und gesunder Kraft in gewisser Beziehung dem Amerikaner Walt Whitman gleichzustellen. Sinclair ging als Arbeiter in die Industrie, als Bedienter zu Millionären, um auch diese Seiten der Gesellschaft kennen zu lernen, kurz, er stürzte sich ins Menschenleben hinein, und wo er es anpackte, da wurde es interessant und es entstand ein Kunstwerk, das nun den Lesern und Lesenden der „Freiheit“ sicher spannendes und anregendes Wochen bereiten wird. Berthold Rudner

## August Macke

### Zur Eröffnung der Ausstellung im Kronprinzenpalais

#### Ansprache von Adolf Behne

Es ist wohl eine undankbare Aufgabe, zu sprechen, während solche Bilder ihre beglückende Wirkung üben und jeden Empfängerlichen ganz erfüllen. Was will der dünne Ton von Worten, während solche Musik ihre Klänge verhehrt? Meine Worte sind nicht haltbar als Ausdruck des Dankes, der begeistertsten Freude... und der Trauer.

August Macke war 28 Jahre, als er am 28. September 1916 fiel. Sein Freund Franz Marc fiel am 4. März 1916. Im September 1917 fiel bei Langemarck Wilhelm Morgner.

Alle drei stammen aus deutschen Landschaften, die eine alte künstlerische Tradition haben. August Macke aus dem Rheinland, Franz Marc aus Bayern, Wilhelm Morgner aus Westfalen. Und alle drei verheerlichen sie die Erde.

Der Westfale Morgner gibt in seinem glühenden Werk, das nicht mehr als 4 Jahre eines zwanzigjährigen Umfats, einen hymnischen Hochgefühl auf die Erde als Mutterboden. Der Mensch ist klein, einam. Sein Schicksal: Arbeit am Boden. Franz Marc, wenig Liebe zu den Exemplaren Kulturmenschen fühlend, findet die reine Kreatur, der seine Empfindung gebietet im Tier, und er sieht sein Schicksal in geheimem Wechselwirkung mit Erde und Etern.

August Macke verherrlicht die Erde im Spiegel des beweglichen und gefälligen Menschen.

August Macke ist der Einfachste, der Nächste. Er ist der reichste Liebende. Keine Spur von Flucht ist in ihm. Wunden voll ist sein herzhafes Ja-Sagen zu allen Dingen. Er fühlt keine Gegerlichkeit. Er kennt keinen Reib, keinen Ehrgeiz. Seine schönsten Arbeiten werden erst jetzt bekannt. Er ist nicht geschäftig, er malt.

# Die Wahlen zur Wiener Arbeiterkammer

j. b. Wien, 6. März.

Die Wahlen in die Wiener Arbeiterkammer, deren abschließende Zahlen jetzt vorliegen, beanspruchen deshalb eine besondere Bedeutung, weil sie die ersten öffentlichen Wahlen unter amtlicher Aufsicht in Deutschösterreich waren, an denen nur Arbeiter und Angestellte in den Betrieben teilnehmen konnten. Es wählten sowohl die Arbeiter als auch die Angestellten in gesonderten Sektionen. Ueberdies hatten die Arbeiter und Angestellten des Verkehrswezens (Eisenbahn, Straßenbahn, Telephon- und Telegraphenwesen und die Post) gesonderte Arbeiter- und Angestelltensektionen. Neben der unter sozialdemokratischer Führung stehenden freien Gewerkschaften waren auch die Kommunisten und die Christlichsozialen und Deutschösterreichischen aufmarschiert. Das Ergebnis ist nun folgendes:

In der Allgemeinen Arbeitersektion wurden 123 712 Stimmen abgegeben. 112 525 Arbeiter stimmten für die Liste der freien Gewerkschaften, 5932 Arbeiter für die Liste der Kommunisten und 5245 Arbeiter für die gemeinsame Liste der deutschösterreichischen und christlichen Gewerkschaften. Die Sozialdemokraten vereinten mehr als 90 Prozent, die Kommunisten 5 1/2 Prozent, die Christlichen und Deutschösterreichischen zusammen 4 1/2 Prozent der Arbeiterstimmen auf sich.

Für die allgemeine Angestelltensektion wurden 52 074 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Sozialdemokraten 39 072, die Kommunisten 228 Stimmen, die Deutschösterreichischen und Christlichen zusammen 12 774 Stimmen. 75 Prozent der Handels-, Industrie- und Bankbeamten und Angestellten gaben den freien Gewerkschaften ihre Stimme. Kaum ein Viertel der abgegebenen Stimmen entfiel auf die Deutschösterreichischen und Christlichen zusammen. Die Kommunisten vermachten kaum 1/4 Prozent der Angestelltenstimmen für sich zu gewinnen.

Nach größerer Bedeutung für die tatsächlichen Machtverhältnisse der Parteien ist das Wahlergebnis in den Sektionen der Verkehrsunternehmungen. Auch dort stimmten die Arbeiter und Angestellte gesondert. In der Arbeitersektion der Verkehrsunternehmungen wurden 18 308 Stimmen abgegeben. Die freien Gewerkschaften vereinten 16 493, die Christlichen und Deutschösterreichischen insgesamt 1284, die Kommunisten nur 531 Stimmen auf sich. Die Sozialdemokraten erhielten daher 91 Prozent, die Christlichen und Deutschösterreichischen zusammen nur 7 Prozent, die Kommunisten etwas weniger als 3 Prozent aller Stimmen. In der Sektion der Angestellten der Verkehrsunternehmungen wurden 68 063 Stimmen abgegeben. Die freien Gewerkschaften bekamen 50 024 Stimmen, mithin 73 1/2 Prozent, die Christlichen und Deutschösterreichischen zusammen 14 773 Stimmen, also 21 Prozent, die Kommunisten 2005 Stimmen, also kaum 3 Prozent. Die restlichen Stimmen waren zerstreut.

Von den 130 Sitten der Arbeiterkammer werden also die freien Gewerkschaften 113, die Christlichen und Deutschösterreichischen zusammen 13 und die Kommunisten 4 innehaben. So hat diese Wahl wohl neuerdings darüber Klarheit geschaffen, daß die Masse der Hand- wie Kopfarbeiter, der Arbeiter wie der Angestellten, im Lager der Sozialdemokratie stehen und daß alles, was rechts oder links neben der Sozialdemokratie einherläuft, für die Massenbewegung des Proletariats in Deutschösterreich bedeutungslos ist: die „deutsch-österreichische“ Arbeiterbewegung nicht minder als die kommunistische, die nun schon zum drittenmal erfahren mußte, daß die Arbeiterschaft mit ihr nichts zu schaffen haben will.

## Der Aufstand in Rußland

Kopenhagen, 9. März.

Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge hat das Artilleriekorps in Kronstadt gestern abend nach 9 Uhr wieder Augen geschlossen. Es wurde mit schwerer Artillerie geschossen. Im Laufe des Montag wurde in Kronstadt eine Anzahl Personen getötet. Nach glaubwürdigen Meldungen aus Terijoki ist die Festung Krasnaja Gorka in den Händen der Bolschewisten. Die Meldung, daß eine finnische bolschewistische Kompanie während des Versuches, über das Eis zu gelangen, vernichtet wurde, bestätigt sich.

Lesen wir seinen schönen Aufsatz „Kasten“ im „Blauen Ketter“ von 1912, so empfinden wir vielleicht erst heute ganz die Reife, die in seiner Einfachheit ruht. Von allen den wertvollsten Beiträgen dieses Buches ist der August Mades der einzige, der unpolemisch ist, der nicht anderes kritizieren muß, um sich zu behaupten. Dieser Aufsatz wird immer ein köstliches Ehrenmal für August Mades sein. In ihm ist nichts von Partei, von Theorie. Er sieht die Themen, empfindet keinen Bruch. Er liebt alle guten Maler, von denen er Auguste Renoir an die erste Stelle rückt (später hätte er sicherlich auch den Namen seines Freundes Robert Delaunay noch hinzugefügt), er liebt alle guten Maler... und mehr.

Seine quellende Einfachheit war nicht der grundlose Lebenswärtige Optimismus, den man dem Rheinländer gern als Marke ausrukt. Er war nicht Positivist, gesund und munter. Er fühlte schmerzhaft-glücklich hinter allen Formen aller Art ein Wesentliches, Geistiges. Durch alle Formen, die er hingierig aufnahm in sein Blut, fühlte er sich verschmolzen mit einem neuen größeren Ich, sein Leben eines werden mit einem neuen größeren Leben. Und so war sein Dasein ein ständiges Schweben, verbrüht mit allen Dingen.

August Mades spiegelt die Erde im bewußlichen und geistigen Menschen. Immer zu zweien, zu dreien, in Gruppen, in Gesellschaft ist der Mensch auf seinen Bildern. Er liebt es, den Spaziergänger, den Betrachter wie in einem Spiegelbilde zu verdoppeln, und auch die Damen vor den Auslagen der Modengeschäfte stehen wie vor einer Spiegelscheibe. Das Liebespaar, Gäste eines Kaffeegartens und Tänzer und Tänzerin sind niemals einsam.

Wenn er Tiere malt, so sind es die gesellig lebenden: Rehe, Wasserhahn, Papageien. Der Rehschäfer trägt seine Hörner wie die Frau ihren Rockhut. Der Schmauch des Papageies ist wie der Sonntagstaat des Mädchens. Die blaue Wasserfläche glänzt wider im Auge des staunenden Kindes.

Porträts gibt es nur wenige von Mades Hand. Das Individuelle interessiert ihn nicht über. Die individuellen Züge der jungen Mädchen würden nur verengen, abschließen, Halt gebieten. Seine Empfindung aber geht weiter, merdet deshalb das Einmalige, Fertige.

Seine Liebe gilt dem Spielenden, das sich schmückt und sich verewandelt: Mädchen, Frau, Theater, Modeladen, Blumen, Tiere im Garten und dem Abenteuerlichen der Indianer.

August Mades nahm die Elemente seiner Bilder nicht aus der gewöhnlichen Begrifflichkeit des Sehens und der Beobachtung. Er folgte ihrem Ursprung, und dieser Ursprung führte in eine Welt, die unermesslich, herauschend mochte in Farbe. Das Leben nimmt alle Formen an. Für August Mades war das Leben arbeiten will, schützt sich instinktiv gegen die Farbe. August Mades Auge folgte den Dingen hinter ihre Schale und wirft sich

Von anderer Seite wird gemeldet, daß Krasnaja Gorka zu den Aufständischen übergegangen ist. Schiffe werden zwischen der Festung und einem Panzerzug, der in Oranienbaum eingetroffen ist, sowie zwischen dem letztgenannten Ort und Kronstadt gewechselt. Es sind Versuche gemacht worden, die Teilnehmer der Militärliste zum Angriff zu bewegen, aber diese Versuche hatten keinen Erfolg. Ausländische Kurier dürfen Petersburg nicht verlassen. Einige Truppenteile in Moskau, Peterhof, Oranienbaum und Koporie haben sich gleichzeitig mit der Garnison von Krasnaja Gorka dem Aufstand angeschlossen. Die Garnison Pskow hat sich geweigert, gegen Kronstadt zu gehen.

## Nationalistisches Diebeswerben

Die Bergarbeiter sollen die Karre aus dem Dreck ziehen

Die Bourgeoisie ist eifrig bemüht, die deutsche Arbeiterklasse in ihre Netze zu locken. Das Proletariat soll sich in eine Einheitsfront stellen, nicht etwa um seine Rechte wahrzunehmen, sondern um die Vorrechte der deutschen Bourgeoisie zu schützen. Ganz deutlich spricht das Max Maurenbrecher in der „Deutschen Zeitung“ aus. Er bezeichnet es in der „Deutschen Zeitung“ als die einzig richtige Antwort, wenn Deutschland durch immer neue Provokationen die Entente dazu verleitet, das ganze Ruhrgebiet und darüber hinaus noch das übrige Deutsche Reich zu besetzen. Deutschland solle es gegenüber der Entente so machen, wie es Rußland im Jahre 1812 getan hat, als Napoleon seinen Feldzug gegen Moskau unternahm. Die Schwierigkeiten sollen aber dann der Entente nicht etwa durch die deutsche Bourgeoisie, sondern durch die deutsche Arbeiterschaft bereitet werden. Die Arbeiter sollen freien Willens ihre Kohlen mehr fördern, keinen Eisenbahnzug fahren lassen. Wörtlich schreibt Maurenbrecher:

Der Reichskohlenkommissar glaubte, etwas besonders Kluges zu tun, wenn er einem Ausrufer gegenüber andeutete, die feindliche Besetzung von Ruhrort könnte vielleicht unsere Kohlenzüge so in Unordnung bringen, daß die Feinde auf die 2 Millionen Span-Tonnen monatlich nicht mehr rechnen könnten. Ach, lieber Herr, nur nicht so furchtbar! Da die Feinde den Frieden gedrohen haben, sind wir auch nicht mehr „verpflichtet“, ihm noch Kohlen für seine Truppenverschiebungen zu liefern. Wollen sie Kohlen rauben mit nackter Gewalt, können wir's nicht hindern. Also bitte: holt sie euch! Bringen tun wir sie nicht!

Aber bitte: bringt gleich die Bergarbeiter mit und legt zu, was sie in unbekanntem Stollen zu finden vermögen. Unsere Bergarbeiter haben durch Huos Mund schon im letzten Sommer erklärt, daß sie im Falle einer feindlichen Besetzung nichts mehr für euch herauszubekommen werden!

Es wäre würdiger, ehrenvoller und klüger gewesen, wenn der Reichskohlenkommissar lieber also gesprochen hätte!

Wenn die „Deutsche Zeitung“ für den Streit der Kohlenarbeiter Stimmung macht, dann wissen die deutschen Arbeiter, daß diese Streilauforderung den Wünschen der deutschen Bourgeoisie entspricht. Die Arbeiterschaft wird aber nicht im Interesse der deutschen Bourgeoisie streiken, sondern gegen die Bourgeoisie. Sie wird sich den Zeitpunkt eines Streiks auch nicht von den Monarchisten vorschreiben lassen, sondern sie wird ihn selbst bestimmen. Aus Rheinland-Westfalen liegen bereits verschiedene Kundgebungen vor, die deutlich besagen, daß die Arbeiter nicht daran denken, infolge der Besetzung in den Streit zu treten. Der Friedensvertrag und die Pariser Beschlüsse sind zum größten Teil die Folge der deutschen Kriegspolitik, die gegen den Willen der Arbeiter betrieben wurde. Ginge die Arbeiterschaft jetzt mit der Bourgeoisie zusammen, dann würde sie ihr die Lasten von den Schultern nehmen, die die Bourgeoisie allein zu tragen hat. Sie würde wie im Kriege durch die Burgfriedenspolitik, den Macht-hunger der Kapitalisten sättigen, sich selbst aber der Hand-lungs-freiheit berauben.

Die Sonderziehung des amerikanischen Kongresses erst im April. Laut Nachrichten aus Washington hat Harding gestern den Kongressführern mitgeteilt, daß eine Sonderziehung des Kongresses nicht vor dem 4. April, vermutlich sogar erst eine Woche später einberufen werde.

jubelnd, liegend in die sich öffnenden Wogen der Farbe. Aus ihr läßt kein künstlerischer Geist alles neu entstehen, und die rausch-artige Seligkeit seines Farbsehens schlägt uns aus seinen schönsten Bildern wie eine ungreifbare zärtliche Wolke entgegen, wie manchmal eine Wolke beräuschenden Harzes in einem heißen Walde.

Dieses reine Auge darf nicht mehr glücklich schauen, diese Hand nicht mehr malen!  
Wir lieben das kostbare Werk August Mades.

„Die Unwissenheit“, sagt Karl Marx, „ist ein Dämon. Wir fürchten, sie wird noch manche Trauerspiele aufführen.“

Die Verteuerung der Museen. Wir haben an den angeordneten Eintrittsgeldern für Museumsbesuch bereits scharfe Kritik geübt. Wie wir hören, werden Nationalgalerie und Kronprinzenpalais die zwei Mark Eintritt nicht erheben. Das Kronprinzenpalais erhebt nach wie vor an drei Tagen, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, einen Eintritt von einer Mark, die aber nicht für einen „billigen Katalog“ bestimmt sind, sondern für eine gerade im Interesse der arbeitenden Bevölkerung wünschenswerte Lichtanlage, die den Besuch auch in den Abendstunden ermöglichen soll. Wie verhängnisvoll die Erhebung eines Eintrittspreises von 2 Mark in den Museen wirken würde, geht daraus hervor, daß der Besuch des Kronprinzenpalais in den freien Tagen genau doppelt so groß ist, als an den 1-Mark-Tagen. Schon jetzt ist die Galerie im Kronprinzenpalais, das weitaus am häufigsten besuchte Museum Berlins. Das wird sie natürlich noch mehr werden, wenn die historischen Museen sich verteuern. So erfreulich an sich die Tatsache ist, daß das Publikum sich immer mehr der Kunst der eigenen Zeit zuwendet, so bleibt diese Methode, den Arbeitern den Besuch der historischen Museen zu erschweren, unzulässig.

### Tages-Notizen

Berandaltungen der H. S. V. D. Birzschner, Hanzschner, Dürft und Charlottenburg: Der 9. Kurhamburg findet Sonntag, 7 Uhr, in der Halle Amingstr. 2. Ball und 18. dem Gedanten der Kom-mune gemindert. Mitwirkende: Die Tolla-Vind (Regulation), Otti Oetter (Lied), J. J. Wabich (Geige), Otto Meier (Klavier). Karten 2 M. an der Kasse.

Siebzehnter Dürft: Jugendbörse-Katzen 18. März, Schulaula Urdorfer Str. 20. 6 Uhr Lichtbilder-Vorführung. Erster Teil: Mit Kindern in die Welt. Zweiter Teil: Wilhelm Buch, Hans Buchlein, der Anglisten. Karten 10 Ugl. Treilaktion für Kinder von Erwechselen bei V. Kral, Urdorfer Str. 21. Sonstige Karten bei den Hauptkassen und an der Kasse.

Große Volkstheater, Wagnerabend im Hartmannsaal am 11. März, Josef Mann, Melodie Karl und Margarete Wendt-Ober haben Glücke aus „Landsknecht“, „Meisterling“, „Sünderbühnen“, „Trihan aus Jolde“, „Kings“ und „Vaden-stein“. Das Dichter führt Bruno Seidler-Winter.

Der Volkstheater Tempelhof, Marienbad (M. H. C. S.), veranstaltet Sonnabend, 8. März, in der Halle des Gymnasiums Kollwitzstraße ein Volksfest.

Vorzüge, Volkstheater: Sonntag, 7. März, 11 Uhr, Friedrich Julius Bah in der Halle zum Grauen Kloster über die Zukunft des Theaters. Karten 2 M. und 1,20 M.

## Groß-Berlin

### Immer langsam voran!

Ein Vorgang, der ganz charakteristisch für die bürokratische Manier ist, in der — wenn nun schon einmal bestätigt werden soll — die Bestätigung der Bezirksamtsmitglieder auch von Seiten des Magistrats betrieben wird, bietet die Bezirksamtswahl in Charlottenburg. Mehrere der dort gewählten Herren, die schon jetzt ein besoldetes Amt innehaben, gaben ihre Einverständniserklärung zur Wahl mit einer Vorbehaltsklausel ab, in der sie ihre erworbenen Rechte auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung wahren wollten. Es waren — wie gesagt — mehrere der Herren, nicht etwa alle, nicht einmal die Mehrheit. Der Berliner Magistrat hielt solche Vorbehaltsklausel für unzulässig. Er forderte nun nicht etwa die Totlinder auf, möglichst umgehend eine neue Erklärung abzugeben, sondern machte aus dem gesamten Aktienbündel ein großes Paket, das er dem Vorsitzenden der Bezirksversammlung 7 (Charlottenburg) in einem Anschreiben überlieferte, das begann:

„Anliegend senden wir das gesamte Material über die Wahlen der Bezirksamtsmitglieder zurück.“ Das Schriftstück schloß:

„Wir stellen daher ergebenst anheim, daß die betreffenden zu besoldeten Mitgliedern gewählten Herren eine unbedingte Erklärung über die Annahme der Wahl abgeben. Andernfalls vermögen wir nicht, die Bestätigung des Herrn Oberpräsidenten nachzujuchen.“ gez. Böh.

Jetzt können auch die anderen, ordnungsgemäß verfahrenen Mitglieder des Bezirksamtes Charlottenburg auf ihre Bestätigung noch länger warten. So fordert man von Magistrats wegen den Zutritt der Bezirksämter!

### Schwangeren- und Säuglingsfürsorge in Reinickendorf

Die Säuglingsfürsorgerinnen finden bei ihren Hausbesuchen von Zeit zu Zeit neugeborene Kinder vor, deren es an der nötigsten, manchmal an jeglicher Leibwäsche mangelt. Es scheint demnach nicht genügend bekannt zu sein, daß die Reinickendorfer Fürsorgerinnen Säuglingswäsche in bringenden Fällen an Mittellose unentgeltlich abgeben und an Kinderbewahranstalten zu billigen Preisen verkaufen. Wenn die mittellosen, schwangeren Frauen sich besorgen dorthin wenden, könnte dem ersten Mangel gesteuert werden. In den Beratungsstellen wird für geandheilich schwache Schwangere auch Mehl aus der Amerikahilfe abgegeben.

Außerdem sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Fürsorgerinnen lebigen werdenden Müttern, denen ihre Niederkunft meistens besondere Sorge bereitet, manchen guten Rat erteilen können in bezug auf Entbindungsanstalten, Heims für stillende Mütter u. a. In diesem Zwecke müssen sie von den Ratfuchenden am besten schon in der Mitte der Schwangerschaft, wenigstens acht Wochen vor der Entbindung, ausgesucht werden.

Die Fürsorgerinnen für Schwangere ist im Westlichen Ortsteil Mittwochs nachmittags von 5-6 Uhr geöffnet, im westlichen Ortsteil Donnerstags nachmittags von 5-6 Uhr.

### Eine scherzhafte Anordnung

Im neuen Landtage hat man sich bei der Erganordnung der sozialistischen Abgeordneten einen Witz erlaubt. Auf den drei vordersten Plätzen des linken Flügels sitzen nebeneinander:

- Auf Platz 1 der weißhaarige Adolph Hoffmann (R. P. D.);
- Auf Platz 2 der schwarzhaarige Konrad Ludwig (L. S. P.);
- Auf Platz 3 der rothhaarige Heilmann (S. P. D.).

Is das nun Zufall oder Absicht?

### Raubüberfall in einer Garage

Ein dreifacher Raubüberfall ist in Schmargendorf verübt worden. Das Rauberschloß klingt so romantisch, daß man an keiner Wirklichkeit zweifeln könnte, wenn nicht die jetzt verhafteten Räuber selbst die Darstellungen der Ueberfallenen bestätigten.

Als sich in der Garage Spandauer Straße 20 zu Schmargendorf ein wertvolles Automobil befand und sich außerdem darin gerade der Chauffeur und der Führer aufhielten, wurde die Tür plötzlich mit Nachschlüsseln geöffnet, und den Ueberfallenen traten zwei dunkle Gestalten gegenüber, die beide eine Pistole schußbereit in der Hand hielten. Die Ueberfallenen mußten es sich gefallen lassen, daß der eine der Räuber die Pistole, während der andere auch dessen Pistole an sich genommen hatte und so in jeder Hand eine Schusswaffe hielt. Nachdem der Chauffeur und der Führer an Händen und Füßen gefesselt waren, mußte der Chauffeur den Räubern noch erklären, wie der Kraftwagen in Betrieb gesetzt wird, und beide fuhren dann, nachdem sie die Garage wieder hinter sich verschlossen hatten, mit dem Automobil davon. Die Gefesselten wurden erst nach einiger Zeit aufgefunden und befreit.

Die Kriminalpolizei, die von dem Automobilraub erfuhr, ermittelte, daß die beiden Räuber mit dem Kraftwagen nach einem Platz am Tegeler Weg gefahren waren, wo sie sich dabelgemacht

### Ausschneiden!

Druckfache  
sind die  
Hauptredaktion der „Freiheit“  
Berlin 62  
Breite Straße 8-9

